

# Nahost- und Mittelmeerpolitik

Almut Möller

Prägende Themen der Nahost- und Mittelmeerpolitik der Europäischen Union waren der neue Versuch eines Friedensschlusses zwischen Israel und den Palästinensern („Annapolis-Prozess“), die Neuordnung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Mittelmeeranrainern („Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer“), der Präsidentschaftswahlkampf in den USA und die Auswirkungen der Nahostpolitik der neuen US-Regierung auf die transatlantischen Beziehungen, die Zukunft des Irak und das iranische Atomprogramm.

Die Europäische Union engagiert sich in der Nahost- und Mittelmeerregion seit rund zehn Jahren mit dem Barcelona-Prozess (1995) und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (2004), um die wirtschaftliche, (sicherheits-)politische und kulturelle Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn zu fördern und die Transformationsprozesse in der Region zu unterstützen. Die Zehnjahresbilanz des Barcelona-Prozesses im Jahr 2005 fiel allerdings ernüchternd aus.<sup>1</sup> Auch die südliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik konnte bisher kaum greifbare Erfolge vorweisen. Die Transformationsprozesse der Länder des Nahen und Mittleren Ostens in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft werden weiterhin als enttäuschend bezeichnet.<sup>2</sup> Im Zusammenhang mit den Defiziten der bestehenden EU-Politiken ist die vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy angestoßene Debatte um eine Neubelebung der EU-Mittelmeerbeziehungen in Form einer „Mittelmeerunion“ zu sehen. Gleichzeitig hat die Europäische Union ihre Fähigkeiten als außenpolitischer Akteur im Rahmen der Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik langsam aber stetig ausgebaut, zuletzt mit dem Vertrag von Lissabon<sup>3</sup>, der jedoch noch nicht in Kraft getreten ist.

Auch wenn die Europäische Union noch weit davon entfernt ist, als reifer außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur aufzutreten, sind einige jüngere Entwicklungen bemerkenswert und deuten auf einen Reifungsprozess hin. So haben die „Großen Drei“ (Deutschland, Großbritannien und Frankreich mit Unterstützung des EU-Außenbeauftragten Javier Solana) eine konsistente Verhandlungslinie gegenüber dem Iran formuliert, die dann auch von den anderen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates mitgetragen wurde. Als Mitglied des Nahost-Quartetts bestehend aus EU, Vereinten Nationen, den USA und Russland haben sich die Europäer unter deutscher EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 verstärkt für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarn eingebracht und flankieren den laufenden

---

1 Vgl. Felix Neugart: Nahost- und Mittelmeerpolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Nomos 2006, S. 279-282, hier S. 282.

2 Schumacher, Tobias: Naher Osten und Nordafrika, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Bertelsmann Transformation Index 2008. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh 2008, S. 136-156.

3 Eine umfassende Analyse des Vertrags von Lissabon bietet Werner Weidenfeld (Hrsg.): Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union, Münchner Beiträge zur europäischen Einigung Band 20, Baden-Baden 2008.

Verhandlungsprozess durch die Unterstützung von Reformen in Wirtschaft, innerer Sicherheit und Justiz in den Palästinensergebieten. Im Libanon bilden Soldaten aus EU-Mitgliedstaaten weiterhin einen zentralen Pfeiler der nach dem Julikrieg 2006 zwischen Israel und der Hezbollah aufgestockten UNIFIL-Mission.

In den vergangenen Jahren hat sich die Debatte zum Nahen Osten innerhalb der Europäischen Union verschoben. Es geht nicht mehr ausschließlich um die großen klassischen Sicherheitsthemen und Konflikte in der Region, sondern der Nahe Osten wird deutlicher als bisher auch als Sphäre europäischer Energie- und Wirtschaftsinteressen – insbesondere im Wettbewerb mit den USA, China und Indien – diskutiert. Die wirtschaftlich boomende Golfregion hat dabei für die Europäer an Bedeutung gewonnen und auch die projektbezogene Agenda der neuen Mittelmeerunion kann in diesen Kontext gesetzt werden.

### **Auf dem Weg zur Zwei-Staaten-Lösung? Die EU und der Annapolis-Prozess**

Die Aussichten auf eine Fortsetzung des Verhandlungsprozesses zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde waren seit der politischen Spaltung von Westjordanland und Gaza-Streifen im Juni 2007 düster. Die israelische Regierung hielt ebenso wie die Europäische Union und die USA an ihrem Boykott der Hamas fest. Die humanitäre Lage der Palästinenser im Gaza-Streifen verschlechterte sich zusehends. Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Fatah- und Hamas-Anhängern hielten an.

Deshalb bemühte sich die Europäische Union unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 darum, das Nahost-Quartett wiederzubeleben und so den Weg zu neuen Verhandlungen zwischen Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas und der israelischen Regierung zu ebnen. Dabei wirkte die Europäische Union einerseits in Richtung der US-Regierung, deren Unterstützung Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen einer Reise nach Washington im Januar 2007 gewinnen konnte. Andererseits bemühte sich die Europäische Union um eine Einbindung der kooperationswilligen arabischen Staaten der Region und setzte auf eine Stärkung der Arabischen Friedensinitiative („Beiruter Erklärung“) aus dem Jahr 2002.

Diese konstruktive Rolle der Europäer zahlte sich im Laufe des Jahres 2007 aus: Im letzten Jahr seiner Amtszeit, nach Jahren bewussten Meidens des Nahostkonflikts, organisierte US-Präsident George Bush mit seiner Außenministerin Condoleezza Rice die Unterstützung für eine große Nahost-Konferenz, die im November 2007 in Annapolis in Maryland stattfand. Mehr als 50 Vertreter von Regierungen und internationalen Organisationen aus den USA, Europa und dem Nahen und Mittleren Osten, darunter auch offizielle Vertreter aus Saudi-Arabien und Syrien, reisten zur Konferenz an. Dieses Format wurde von vielen bereits als Erfolg gedeutet, jedoch überwogen im Vorfeld und auch nach Annapolis die kritischen Stimmen. Auf der Konferenz selbst wurde nicht mehr verhandelt. Die Gespräche waren bereits am Vortag zwischen Bush, Rice, dem israelischen Regierungschef Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas geführt worden. Das Ergebnis, ein kurzes „Joint Understanding“,<sup>4</sup> wurde von Präsident Bush auf der Konferenz verlesen. Dieses sah vor, dass wieder Verhandlungen unter Moderation der USA beginnen sollten, die bis Ende 2008 zu einem Friedensabkommen und der Gründung eines palästinensischen

---

4 Vgl. The White House: Joint Understanding read by President Bush at Annapolis Conference, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/11/20071127.html>.

Staats führen sollen. Dieses Ziel wurde von Kritikern bereits kurz nach Annapolis als Wirklichkeitsfern eingeschätzt.

Auf Seiten der Europäischen Union herrschte Frustration darüber, dass die Europäer den erneuten Anlauf zum Frieden zwar auf den Weg gebracht hatten, in die Vorbereitung von Annapolis jedoch nicht einbezogen worden waren und keine Rolle in den Verhandlungen, etwa im Rahmen des Nahost-Quartetts, erhielten.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützten den Annapolis-Prozess dennoch von Beginn an. In Paris fand im Dezember 2007 die seit 1996 größte Geberkonferenz für die Palästinenser statt. Die Europäische Union allein sagte für die kommenden drei Jahre Zahlungen in Höhe von 440 Millionen Euro zur Wirtschaftsförderung zu. Im Juni 2008 kamen mehr als vierzig Delegationen auf Einladung der deutschen Bundesregierung nach Berlin und beschlossen, für die Stärkung von Sicherheit und Justiz in den palästinensischen Gebieten rund 150 Millionen Euro bereit zu stellen. Die Europäische Union spielt durch die Flankierung der Annapolis-Verhandlungen eine wichtige Rolle. Ohne die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Sicherheitslage in den palästinensischen Gebieten – zunächst ist davon nur das Westjordanland umfasst – wird kein Friedensabkommen eine Chance auf erfolgreiche Umsetzung haben.

Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass ein Friedensvertrag bis Ende 2008 ausgehandelt werden kann. Nicht nur innenpolitische Probleme auf Seiten Israels und der Palästinenser erschweren dieses Ziel, sondern auch das Ende der Regierung Bush und die anstehende Übergangsphase in den USA. Tritt Präsident Bush Ende des Jahres ab wäre es daher wünschenswert, dass die Europäer in der Phase, in der der neue US-Präsident sein Amt antritt und sein Team zusammenstellt, eine stärkere Verantwortung für eine Fortsetzung des Annapolis-Prozesses übernehmen.

Wie so oft in der Vergangenheit wird auch diesmal viel von der politischen Führung in Israel und den Palästinensergebieten abhängen. Premierminister Olmert trat im September 2008 nach Korruptionsvorwürfen von seinem Amt zurück. Außenministerin Tzipi Livni setzte sich gegen ihren innerparteilichen Konkurrenten Shant Mofaz durch und übernahm die Führung der Kadima-Partei. Livni hat nun den Auftrag, eine Regierung zu bilden. In der Zwischenzeit leitet Olmert die Friedensverhandlungen weiter – keine günstige Ausgangslage für einen Friedensvertrag noch im Jahr 2008. Mit Livni hätte Israel zwar eine Regierungschefin, die sich zum Annapolis-Prozess bekennt und mit allen Verhandlungsdetails vertraut ist. Fraglich ist jedoch, ob sie die innenpolitische Unterstützung innerhalb und über die Partei hinaus organisieren kann.

Auch auf palästinensischer Seite gibt es eine ungeklärte Führungsfrage. Die Amtszeit von Präsident Abbas läuft wie die von Präsident Bush Anfang 2009 aus. Bisher ist offen, wie es dann weitergehen soll. Zentrales Problem ist erneut die politische und geographische Spaltung von Fatah und Hamas.

Die Zukunft des Annapolis-Prozesses ist damit momentan ungewiss. Die Europäer sollten in dieser Phase aktiv darauf hinarbeiten, die Verhandlungen aufrechtzuerhalten. Ein Aussetzen oder gar Scheitern des Annapolis-Prozesses wäre ein fatales Signal und würde die Chancen auf eine Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung deutlich verringern.

### **„Barcelona plus“: Neue Dynamik durch die Mittelmeerunion?**

In optimistischer Grundstimmung Mitte der neunziger Jahre begründet, hatte sich der Barcelona-Prozess zehn Jahre später als eine Enttäuschung erwiesen. Auch die Europäische

Nachbarschaftspolitik (ENP) mit ihrem stärker bilateralen Ansatz über „Nationale Aktionspläne“ konnte diese Bilanz seit 2004 nicht sichtbar verbessern. Die ersten Ergebnisse der ENP waren zwar länderspezifisch unterschiedlich<sup>5</sup>, insgesamt konnten die Erwartungen jedoch bisher nicht erfüllt werden. Eine fehlende Prioritätensetzung, die Asymmetrie der „Partnerschaften“ sowie eine mangelhafte Anreizstruktur für beide Seiten sind dabei zentrale Probleme. Barcelona-Prozess und ENP stehen darüber hinaus bis heute konzeptionell unausgegrenzt nebeneinander. Es ist nicht nur unklar, in welchem Verhältnis Barcelona und die südliche Dimension der ENP zueinander stehen. Analysten bezweifeln auch, ob eine Verknüpfung beider geographischer Räume – die südliche und östliche Dimension – in einem einzigen Ansatz für die ENP überhaupt sinnvoll ist. Hinzu kommt eine zunehmend unterschiedliche Prioritätensetzung unter den EU-Mitgliedstaaten. So haben die südlichen EU-Mitgliedstaaten deutlich stärkeres Interesse am Mittelmeerraum als etwa Deutschland und die Ostseeanrainer, die sich ihrerseits stärker in der östlichen Dimension engagieren.

Eine Differenzierung der erweiterten EU der 27 Mitglieder schien sich deshalb zwischenzeitlich auch in der Praxis anzudeuten. Staatspräsident Sarkozy hatte seine Idee einer Mittelmeerunion, mit der dem Barcelona-Prozess neuer Schwung gegeben werden soll, ursprünglich als Projekt differenzierter Integration vorgebracht: Teilnehmen sollten nur die EU-Mitglieder, die an das Mittelmeer grenzen. Dieses Vorhaben wurde jedoch vor allem aufgrund der Intervention der deutschen und spanischen Regierungen gestoppt. Insgesamt war die Ausgestaltung der „Mittelmeerunion“, die Sarkozy auf die Agenda seiner EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 gesetzt hatte<sup>6</sup>, unter den Mitgliedern umstritten. Die französische Präsidentschaft konnte jedoch schließlich eine Einigung herbeiführen.

Auf dem von Sarkozy medienwirksam inszenierten Gipfel am 13. Juli 2008 in Paris, zu dem mehr als 40 Staats- und Regierungschefs, darunter auch der syrische Präsident Bashar Asad, angereist waren, wurde feierlich die Mittelmeerunion unter dem sperrigen, aber bewusst in Anknüpfung an den Barcelona-Prozess gewählten Titel „Barcelona Prozess: Union für das Mittelmeer“<sup>7</sup> gegründet. Sie umfasst die 27 EU-Mitglieder, die Europäische Kommission sowie Albanien, Algerien, Ägypten, Bosnien-Herzegowina, Israel, Jordanien, Kroatien, den Libanon, Libyen, Mauretanien, Marokko, Monaco, Montenegro, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Türkei. Die Arabische Liga bekommt einen Beobachterstatus.

Der Mittelmeerunion stehen jeweils gemeinsam ein EU-Mitglied und ein Partnerland vor. Den ersten Vorsitz haben Sarkozy und der ägyptische Präsident Hosni Mubarak übernommen. Im Mittelpunkt der Union soll eine Zusammenarbeit in konkreten Projekten in den Bereichen Schutz des Mittelmeers, Verkehrsnetze zu Land und zu Wasser, Umweltschutz und regenerative Energien, Bildung und Forschung sowie die Förderung klein- und mittel-

---

5 Vgl. Europäische Kommission: Begleittext zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament betreffend die Verstärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik: Gesamtbewertung, KOM(2006) 726 endg., 4. Dezember 2006.

6 Siehe Französische EU-Ratspräsidentschaft: Ein Europa das handelt, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Arbeitsprogramm. 1. Juli-31. Dezember 2008, S. 28, [http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme\\_DE.pdf](http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_DE.pdf).

7 Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008, [www.eu2008.fr/.../Joint\\_declaration\\_of\\_the\\_Paris\\_summit\\_for\\_the\\_Mediterranean-EN.pdf](http://www.eu2008.fr/.../Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf); siehe auch die Vorlage der Europäischen Kommission: Communication from the European Commission to the European Parliament and the Council. Barcelona Process: Union for the Mediterranean, COM(2008) 319 (final).

ständischer Unternehmen stehen. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich künftig alle zwei Jahre, die Außenminister jährlich, um laufende Projekte zu bewerten und neue zu initiieren. Dabei werden sie von einem Sekretariat und einem ständigen Ausschuss unterstützt.

Damit wurde 2008 ein neuer Impuls in der europäischen Mittelmeerpolitik gesetzt. Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Union die „Baustelle Mittelmeerpolitik“ angegangen ist.<sup>8</sup> Die Zukunft wird zeigen, ob der Pariser Mittelmeerunions-Gipfel jedoch über schöne Bilder hinaus auch Resultate vorweisen kann. Ungeklärt bleiben auch trotz neuer Mittelmeerunion weiterhin die konzeptionellen Mängel der Verbindung von „Barcelona plus“ und Europäischer Nachbarschaftspolitik.

Ein inoffizielles, gleichwohl wichtiges Thema des Gipfels war das Verhältnis der Europäischen Union zu Syrien. Die Teilnahme des syrischen Präsidenten Bashar Asad am Mittelmeergipfel kann als ein erster Erfolg des Versuchs gewertet werden, die festgefahrenen Beziehungen zwischen der Union und Damaskus wieder zu dynamisieren. Dies ist insbesondere ein Ziel der Europäischen Kommission, unter den Mitgliedstaaten ist es aber umstritten. Die Bundesregierung befürwortet wie die Kommission eine Einbindung Syriens und erhofft sich nicht nur eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch eine konstruktivere Rolle Syriens im arabisch-israelischen und im Libanon-Konflikt sowie eine Herauslösung Syriens aus der Allianz mit dem Iran.

### **Nagelprobe für die Europäer: Stabilisierung und Wiederaufbau des Irak**

Angesichts ausbleibender Erfolge im Irak war die US-Regierung Ende 2006 zunehmend unter Druck geraten. Im Dezember 2006 hatte die aus einer Kongressinitiative begründete „Iraq Study Group“ ihren Abschlussbericht vorgelegt, der von der US-Regierung unter Präsident Bush zunächst zögerlich aufgenommen worden war. Dieser gestand jedoch schließlich ein, dass ein „neuer Ansatz“ im Irak notwendig sei und reagierte Anfang 2007 mit einer Neujustierung der Irak-Strategie, die nun einen „security first“-Ansatz verfolgten sollte<sup>9</sup>. Zwar berichtete General David Petraeus im September 2007 und April 2008 vor dem Kongress von ersten Erfolgen bei der Befriedung des Irak, die Irak-Politik der Regierung Bush geriet jedoch im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes in allen politischen Lagern weiter unter Beschuss.

Jenseits von Wahlkampfrhetorik ist Demokraten und Republikanern klar, dass die USA im Irak auch in den kommenden Jahren gebunden sein werden. Die Frage ist, welche Rolle die neue US-Regierung von den europäischen Partnern erwartet und welche Aufgaben die Europäer bereit sind zu übernehmen.

Zwar hatten neben Großbritannien und Polen, die die Kriegskoalition von Anfang an unterstützten, zwischenzeitlich auch Bulgarien, Dänemark, Estland, Italien, Lettland, Litauen, die Niederlande, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Spanien, die tschechische Republik und Ungarn, also insgesamt mehr als die Hälfte der EU-Mitglieder, Truppen in den Irak entsendet. Deutschland und Frankreich waren jedoch zu keiner Zeit unter den Unterstützern und das Lager derer, die einen Abzug der Truppen fordern, ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Selbst Großbritannien hat unter seinem neuen Premiermi-

---

8 Vgl. Möller, Almut: Why Europeans Should Embrace the Idea of a Mediterranean Union, in: AICGS Advisor, Washington DC, March 2008, <http://archive.constantcontact.com/fs048/1101102690336/archive/1102021743253.html>.

9 Vgl. National Security Council: Highlights of the Iraq Strategy Review, January 2007, <http://www.whitehouse.gov/infocus/iraq/>.

nister Gordon Brown im Herbst 2007 begonnen, seine Truppen zurückzuziehen. Sollte aus der neuen US-Administration in Washington eine solche Anfrage kommen, ist daher nicht damit zu rechnen, dass es in Europa Mehrheiten für ein weiteres oder erneuertes militärisches Engagement im Irak geben wird.

Die Europäische Union und ihre Mitglieder haben ihr Engagement vor allem auf humanitäre Maßnahmen – unter anderem zur Linderung der Not der irakischen Flüchtlinge innerhalb des Irak und in den Nachbarländern – und auf die Unterstützung des staatlichen Wiederaufbaus konzentriert. Dabei haben sie jedoch insgesamt bisher deutlich weniger investiert als in anderen Fällen in der Vergangenheit.<sup>10</sup> Auch hier könnte eine neue US-Regierung auf die Europäer zukommen und einen stärkeren Beitrag einfordern. Auf diesen Moment sollten sich die Europäische Union und ihre Mitglieder vorbereiten, um eine erneute Kakophonie wie zu Beginn des Irak-Krieges zu vermeiden. Dazu müssen die Europäer das „Tabuthema Irak“ wieder zum Gegenstand der Debatten untereinander und mit den transatlantischen Partnern machen.

### **Der Atomstreit mit dem Iran setzt sich fort**

Die Auseinandersetzungen über das iranische Atomprogramm zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft dauerten auch im vergangenen Jahr an. Weiterhin ist unklar, ob der Iran sein Nuklearprogramm tatsächlich nur zivil nutzen will und in welchem Maße Teheran tatsächlich mit der internationalen Gemeinschaft kooperiert.

Die Vereinten Nationen haben seit August 2006 vier Resolutionen zum iranischen Nuklearprogramm verabschiedet. Diese greifen die Forderungen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) nach einer Aussetzung der Anreicherung auf und machen sie völkerrechtlich verbindlich. Außerdem beschloss der Sicherheitsrat Sanktionen, die unter anderem die Lieferung von Waren, Technologien und know-how, die das Atomprogramm fördern, verbietet, Auslandskonten von am Atomprogramm beteiligten natürlichen und juristischen Personen einfriert sowie zu Wachsamkeit bei Waffenverkäufen an den Iran aufruft. Die Europäische Union ging einen Schritt weiter und beschloss, keine Waffen mehr an den Iran zu liefern.<sup>11</sup>

Die EU hatte in den Verhandlungen um das Atomprogramm von Anfang an auf eine Verhandlungslösung gesetzt. Im Format der EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) mit Unterstützung des EU-Außenbeauftragten Javier Solana) sowie später der EU-3+3 (EU-3 plus die anderen Mitglieder des Sicherheitsrates China, Russland und die USA) haben die Europäer entscheidende Akzente in den Verhandlungen gesetzt. Die Europäische Union fordert dabei von Seiten Teherans völlige Transparenz hinsichtlich seines Nuklearprogramms ein. Die zivile Nutzung der Kernenergie solle dem Iran ermöglicht werden, allerdings unter Beobachtung der internationalen Gemeinschaft. Der Iran zeigt sich jedoch bis jetzt nicht willens, der IAEO systematisch und regelmäßig Einblicke in sein Programm zu gewähren.

Es ist aber immerhin gelungen, den Verhandlungskanal mit dem Iran aufrecht zu erhalten. Die Europäische Union setzte ihre klare Linie gegenüber dem Iran im vergangenen

---

10 Vgl. Serwer, Daniel/Chabalowski, Megan: Scenarios for the Future of Iraq and the Role of Europe: How Will Europe Engage?, in: Hanelt, Christian-Peter/Möller, Almut (Hrsg.): Bound to Cooperate: Europe and the Middle East II, Gütersloh 2008, S. 285-301, hier S. 285.

11 Siehe dazu die Seiten des Auswärtigen Amtes unter <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abbruestung/IranNukes/070915IranNuklear.html>.

Jahr fort, indem sie einerseits die restriktiven Maßnahmen des Weltsicherheitsrates unterstützte und sich gleichzeitig weiter um eine Verhandlungslösung bemühte. Ende Juli 2008 wiesen die EU-Außenminister noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass ein Militärschlag gegen den Iran keine Option für die Europäische Union sei.<sup>12</sup>

Auch in den USA scheint die Militäroption an Boden zu verlieren. Im Dezember 2007 wurde in den USA das „National Intelligence Estimate“, ein Bericht der amerikanischen Nachrichtendienste zum Stand des iranischen Atomprogramms, veröffentlicht. Dieser ließ Zweifel daran aufkommen, dass der Iran gegenwärtig an einem Atomwaffenprogramm arbeite, bestätigte aber, dass dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Die Argumente der Befürworter eines schnellen Militärschlags in den USA wurden damit zwischenzeitlich entkräftigt.<sup>13</sup> In der Folgezeit gab es gar erste Anzeichen für eine diplomatische Annäherung zwischen Teheran und Washington. Die USA planen nun offenbar, nach fast dreißig Jahren wieder eine Vertretung in Teheran zu eröffnen.<sup>14</sup> Für die Europäer wäre dieser Schritt eine Bekräftigung ihrer außenpolitischen Linie gegenüber dem Iran.

### **Europäische und transatlantische Perspektiven in Nahost**

Die Nahost- und Mittelmeerpolitik war auch im vergangenen Jahr ein zentrales Feld der Außenpolitik der Europäischen Union. Mit der Unterstützung des Aufbaus eines funktionierenden palästinensischen Staats im Rahmen des Annapolis-Prozesses und dem Beschluss zur Dynamisierung der euro-mediterranen Beziehungen durch die Mittelmeerunion haben die Europäer die Bedeutung der Nachbarregion für ihre außenpolitische Agenda unterstrichen. Ob diese Initiativen von Erfolg gekrönt sein werden, hängt von vielen Faktoren ab.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Reform der Sicherheitsstrukturen im Westjordanland können nur dann funktionieren, wenn der politische Prozess Schritt hält und die von den USA moderierten Verhandlungen erfolgreich verlaufen. Ob dies gelingt, ist gegenwärtig anzuzweifeln. Auch wenn in naher Zukunft eine Art Vereinbarung oder gar ein Friedensvertrag unterzeichnet wird, wird der Prozess der Umsetzung Jahre dauern und zahlreiche weitere Hürden überwinden müssen. Hier werden die Europäer weiter gefordert sein. Und die Konfliktparteien, aber auch die USA und die Europäer werden sich dabei stärker der Frage widmen müssen, wie im Prozess einer Staatswerdung Palästinas mit der Hamas und dem Gazastreifen umgegangen werden soll.

Was das Projekt der Mittelmeerunion angeht, so muss sich der neue projektbezogene Ansatz, der sicherlich sinnvoll ist, noch beweisen. Immerhin ist es gelungen, nach den Fehlentwicklungen des Barcelona-Prozesses neue Bewegung in die Debatte um die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Nachbarn im Mittelmeer anzustoßen.

Das kommende Jahr wird auch in transatlantischer Perspektive Neuerungen bringen. Die Nahostpolitik der Regierung Bush hat zum Teil zu erheblichen Verwerfungen innerhalb der Europäischen Union und zwischen Europa und den USA geführt. Der Präsidentschaftswahlkampf wurde deshalb in Europa mit besonders großem Interesse verfolgt. Zwischenzeitlich wurden fast verklärte Hoffnungen auf eine neue Ära amerikanischer

---

12 Vgl. Military Strike not an option on Iran, EU ministers say, in: euobserver.com, 23. Juli 2008.

13 Rudolf, Peter: Das „National Intelligence Estimate“ zur iranischen Atompolitik. Hintergründe, Kontroversen, Folgen. SWP-Aktuell 2, Januar 2008.

14 Ignatius, David: The tea leaves say America is not about to attack Iran, in: The Daily Star, 2. August 2008.

Außenpolitik im Nahen Osten gesetzt.<sup>15</sup> Mittlerweile ist dies aber einer realistischeren Einschätzung gewichen. Der Neue wird nicht alles neu machen. Das kommende Jahr wird aber dennoch entscheidend sein für die Bestimmung einer neuen transatlantischen Agenda und der Nahe und Mittlere Osten wird dabei ein zentrales Thema sein. Auf diese Phase der Neujustierung sollten sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gut vorbereiten.

### **Weiterführende Literatur**

Asseburg, Muriel (Hrsg.): Regionale (Neu-)Ordnung im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle externer Akteure, SWP-Studie, März 2007.

Hanelt, Christian-Peter/Möller, Almut (Hrsg.): Bound to Cooperate: Europe and the Middle East II, Gütersloh 2008.

Möller, Almut: Securing the Future. Europe's Agenda for a More Peaceful Neighbourhood. Discussion Paper to the XIth Kronberg Middle East Talks, Bertelsmann Stiftung, January 17-19, Gütersloh 2008, <http://cap-lmu.de/publikationen/2008/kronberg.php>.

Wright, Robin: Dreams and Shadows. The Future of the Middle East, New York 2008.

Zu aktuellen politischen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten liefert das Online-Magazin „bitterlemons-international“ regelmäßig Kurzanalysen von wechselnden Autoren aus regionaler und internationaler Perspektive, <http://bitterlemons-international.org/>.

---

15 Möller, Almut: We believe in Change. Europe, the Middle East, and the Future of Transatlantic Cooperation, in: AICGS Advisor, Washington DC, May 2008, [www.aicgs.org/documents/advisor/moeller0508.pdf](http://www.aicgs.org/documents/advisor/moeller0508.pdf).